Samtgemeinde ihren Mitgliedsgemeinden zu gewähren hat, wurde als eine Leistung angesehen, die, insgesamt gesehen, allen Mitgliedsgemeinden in gleicher Weise zugute kommt und deshalb eine besondere Abgeltung nicht rechtfertigte. Die Weitergabe der Schlüsselzuweisungen (früher § 7 Abs. 1, heute § 6 Abs. 1 NFAG) hatte auf der Grundlage einheitlicher Kriterien zu erfolgen und dasselbe galt für die Festsetzung der Samtgemeindeumlage (§ 76 NGO).

Trotz der dargestellten Grundsätze der Funktionsweise der Samtgemeinde hat es seit jeher Fälle gegeben, in denen im Zusammenhang mit Unterstützungsmaßnahmen für eine Mitgliedsgemeinde, die über das Maß der den anderen Mitgliedsgemeinden geleisteten deutlich hinausgehen, z.B. und insbesondere zugunsten der Gemeinde, in der die Samtgemeinde ihren Sitz hat, zur Vermeidung von Benachteiligungen, die durch die Finanzierungsinstrumente des § 76 NGO nicht ausgeglichen werden, ein Kostenausgleich vereinbart worden ist. Das ist erst recht der Fall gewesen, wenn die Samtgemeinde auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung Verwaltungsaufgaben einer Mitgliedsgemeinde in deren Namen wahrnimmt (s. Zuständigkeitsabgrenzung Samtgemeinde – Mitgliedsgemeinden in DNG 1977, S. 105, wo eine Absprache mit dem Innenministerium widergegeben wird). Kommunalaufsichtlich sind solche Vereinbarungen stets gebilligt worden. Die Möglichkeit, nach Maßgabe der Hauptsatzung die Samtgemeindeumlage zur Hälfte nach der Einwohnerzahl der Mitgliedsgemeinden festzusetzen (§ 76 Abs. 2 Satz 2 NGO), ist eröffnet worden, um dadurch besser dem jeweiligen Nutzen und Vorteil der Aufgabenerfüllung der Samtgemeinde für die Mitgliedsgemeinden Rechnung tragen zu können. Die umstrittene Frage, ob die Samtgemeinde zur Erfüllung ihrer Ausgleichspflicht nach § 6 Abs. 2 NFAG auch mit Hilfe von Zweckzuweisungen nachkommen dürfe, hat das Innenministerium durch einen Erlass vom 13.08. 1976 (abgedruckt in DNG 1976, S. 266) bejaht und damit individuelle Hilfestellung der Samtgemeinde ermöglicht. Die nach § 76

Abs. 2 Satz 1 NGO für die Erhebung der Samtgemeindeumlage maßgebenden Vorschriften über die Kreisumlage sehen seit 1992 vor, dass der Landkreis die finanziellen Folgen von Vereinbarungen zwischen dem Landkreis und einer Gemeinde oder mehreren Gemeinden, durch die von der allgemeinen Verteilung der Aufgaben zwischen dem Landkreis und den Gemeinden abgewichen wird, bei der Kreisumlage der betroffenen Gemeinde oder Gemeinden berücksichtigen kann. Dadurch kann auch die Samtgemeinde für ihre Umlage solchen vom Regelfall abweichenden Besonderheiten Rechnung tragen. Schließlich bestimmt § 72 Abs. 1 Sätze 2 und 3 NGO in der Fassung des Gesetzes vom 22.04.2005 (Nds. GVBl. S. 110), dass auch einzelne Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde mit deren Einverständnis Aufgaben übertragen können und die finanziellen Folgen durch Vereinbarung zu regeln sind.

Die dargestellte Rechtsentwicklung zeigt, dass der Grundsatz der Einheitlichkeit der Aufgabenstellung und der Finanzbeziehungen im Verhältnis zwischen Samtgemeinde auf der einen und Mitgliedsgemeinden auf der anderen Seite kontinuierlich verlassen worden und das Prinzip in den Vordergrund gerückt ist, dass unterschiedliche Leistungen der Samtgemeinde für ihre Mitgliedsgemeinden sich auch unterschiedlich auf die Gestaltung der Finanzbeziehungen auswirken können, bei einer gezielten Aufgabenübertragung von einzelnen Mitgliedsgemeinden auf die Samtgemeinde sogar auswirken müssen. Angesichts dieser Entwicklung und vor dem Hintergrund der Verknappung der finanziellen Ressourcen wird man zunehmend von einem Anspruch der Beteiligten ausgehen können, finanzwirksam relevante Unterschiedlichkeiten der Leistungserbringung der Samtgemeinde für ihre Mitgliedsgemeinden durch einen entsprechenden Ausgleich zu berücksichtigen, und zwar auch dann, wenn die Gründe für die Unterschiedlichkeiten Maßnahmen der Vergangenheit sind. Wie dieses Ziel erreicht werden kann, hängt von den Umständen des konkreten Falles ab. Es kommt sowohl in Betracht, diejenigen, die

von der Unterschiedlichkeit der Leistungserbringung profitieren, zu einem finanziellen Beitrag heranzuziehen, als auch diejenigen, die von der Entlastung anderer über die Samtgemeindeumlage belastet werden, dafür zu entschädigen. Dabei kann auf die gesetzlich vorgesehenen Instrumente, wie die Berücksichtigung bei der Samtgemeindeumlage, ebenso zurückgegriffen werden wie auf eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit eigenständigen individuellen Ausgleichsbestimmungen. Wie verfahren werden soll, haben die Beteiligten entsprechend dem Charakter der Samtgemeinde als Konsensmodell vorrangig miteinander zu vereinbaren (s. auch § 72 Abs. 1 Satz 3 NGO). Einem Verlangen nach Ausgleich in der vorbeschriebenen Weise kann nicht mit dem Argument begegnet werden, es könnten ja alle Mitgliedsgemeinden in gleicher Weise die Leistungen der Samtgemeinde in Anspruch nehmen oder ihr Aufgaben und Einrichtungen, wie z.B. die Kindertagesstätten, übertragen. Es ist eine im Rahmen der durch Art. 28 Abs. 2 GG, Art. 57 Abs. 1 und 3 NV garantierten Selbstver-

waltung legitime Entscheidung der Mitgliedsgemeinde, ob sie eine ihr obliegende Aufgabe selbst erfüllt oder ob sie sie der Samtgemeinde überträgt, und sie darf wegen dieser Entscheidung nicht benachteiligt werden. Das zeigt im Übrigen auch § 72 Abs. 1 Satz 3 NGO, der eine Regelung der finanziellen Folgen der Aufgabenübertragung durch nur eine Mitgliedsgemeinde verlangt, also nicht davon ausgeht, dass auch die anderen Mitgliedsgemeinden diese Möglichkeit nutzen könnten. Für die Kindertagesstätten bestimmt § 18 Abs. 2 AG KJHG überdies ausdrücklich, dass Mitgliedsgemeinden einer Samtgemeinde bei Inkrafttreten des Gesetzes wahrgenommene Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe auch weiterhin wahrnehmen können und bringt damit das Interesse des Gesetzgebers zum Ausdruck, dass die bis dahin für sachgerecht angesehene Aufgabenerfüllung beibehalten wird.
(Robert Thiele)

Rathaus & Recht Nr. 20/2006

Impressum:

**Rathaus und Recht (vorgeschlagene Zitierweise: R&R)
(vormals Beratungspraxis)**

Herausgeber: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

Redaktion: Robert Thiele

Armswaldtstr. 28, 30159 Hannover

Telefon: 0511/30285-0, FAX: 0511 /30285-830

E-Mail: nsgb@nsgb.de, Homepage: <http://www.nsgb.de>

Druck: Ott Druck Braunlage

Erscheinungsweise: sechsmal jährlich

Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise,
nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Ausschließliche Tätigkeiten für die Stadt

Versuch der Definition des Begriffs „Ausschließlich“: Es kommen nur die Tätigkeiten in Betracht, die für die übrigen Mitgliedsgemeinden nicht wahrgenommen werden.

Beispiel: Bündnis für Familie, ist eine in der und für die Stadt gegründete Einrichtung

Gegenbeispiel als Diskussionsgrundlage: Durchführung von Tiefbauarbeiten, Begleitung von der Erstellung der Ausschreibung über die Vergabe bis zur Ausführung, natürlich für die Stadt häufiger (Einwohnerzahl)

Grundlage: Stellenbeschreibungen der MitarbeiterInnen

Ergebnis:

Stadtdirektor	Teilnahme an Sitzungen Stadtgremien Besprechungen Stadt (Abgrenzung ehrenamtlicher BM)
---------------	---

Gertrud Taaken	Teilnahme an den VA-Sitzungen und Protokollführung Schriftverkehr Stadt einschl. Vorlagen und Protokolle Alters- und Ehejubiläen Stadt
----------------	--

Fachbereich 1

Hilko Mannott	Teilnahme Sitzungen Stadt
---------------	---------------------------

Uwe Schuster	Teilnahme an den Sitzungen StRat und Protokollführung Internetauftritt Stadt Ratsinformationssystem Stadt
--------------	---

Maren Suntken	Schriftverkehr Stadt einschl. Vorlagen und Protokolle
---------------	---

Brigitte Emken	Ausstellungen Müllerhaus Nutzung Schützenplatz Frühlings-/Herbstmarkt Theater Landesbühne Veranstaltungskalender Teilnahme FremdenverkehrsA u. Protokollführung
----------------	--

Elke Goldenstein	---
------------------	-----

Margot Kutschinski-Janssen	---
----------------------------	-----

Fachbereich 2

Herwig Hormann	Vertretung StD Teilnahme Sitzungen Stadt
----------------	---

Reinhard Feldmann	Stadtwerke (25 %)
-------------------	-------------------

Anke Osterkamp	Schriftverkehr Stadt einschl. Vorlagen und Protokolle
----------------	---

Reno Weyerts	---
--------------	-----

Gertrud Sparenborg	---
--------------------	-----

Helmut Cremer	---
---------------	-----

Melanie Hansen	Wasserabrechnungen Stadt (siehe auch Verwaltungskosten)
----------------	---

Gabriele Hoffmann-Schlichting Altenwohnungen und städtische Liegenschaften

Hermann Rüstmann ---

Antje Huisman ---

Timo Janssen ---

Fachbereich 3

Timo Fleckenstein Teilnahme Sitzungen Stadt
Besondere Projekte wie Innenstadt-konzept, Dorferneuerung
Bensersiel, Kommunale Entlastungsstraße, Schafmarkt, ...

Joachim Oltmanns Teilnahme BauA und Protokollführung

Claudia Abken Schriftverkehr Stadt einschl. Vorlagen und Protokolle

Gerda Raveling Schriftverkehr Stadt einschl. Vorlagen und Protokolle

Rüdiger Groß ---

Teilnahme an Sitzungen bedeutet einschl. Vor- und Nachbereitung

Sitzungen der Gremien der Stadt Esens in 2007

Gremium	Dauer	Mitarbeiter	Gesamtzeit
Rat			
19.03.	110	5	550
16.07.	50	5	250
26.11.	150	4	600
17.12.	90	5	450
VA			
12.03.	130	5	650
07.05.	90	5	450
02.07.	120	5	600
10.09.	165	5	825
03.12.	180	4	720
FinanzA			
12.02.	165	3	495
05.03.	115	3	345
05.11.	70	3	210
BauA			
22.01.	105	3	315
19.02.	100	3	300
23.04.	170	3	510
18.06.	190	3	570
16.07.	150	2	300
24.09.	180	3	540
26.09.	95	2	190
19.11.	105	3	315
FremdenverkehrsA			
26.02.	100	2	200
15.10.	130	2	260
Insgesamt			9.645

22 Sitzungen

Teilnahme von 3,55 Mitarbeitern je Sitzung

Gesamtarbeitszeit von 9.645 Minuten oder 160,75 Stunden

Sitzungen der Gremien der Stadt Esens in 2012

Gremium	Dauer	Mitarbeiter	Gesamtzeit
Rat			
12.03.	80	4	320
21.05.	150	4	600
16.07.	90	5	450
15.10.	180	5	900
17.12.	175	5	875
VA			
06.02.	85	4	340
05.03.	165	4	660
13.04.	120	3	360
07.05.	125	4	500
21.05.	55	3	165
03.07.	120	6	720
08.10.	180	5	900
05.11.	120	5	600
03.12.	165	5	825
FinanzA			
30.04.	110	3	330
BauA			
23.01.	220	4	880
20.02.	235	3	705
01.03.	120	3	360
16.04.	240	4	960
14.05.	100	3	300
18.06.	165	3	495
17.09.	190	3	570
19.11.	165	3	495
27.11.	165	3	495
FremdenverkehrsA			
28.02.	135	3	405
19.03.	70	3	210
20.11.	195	4	780
Insgesamt			15.200

27 Sitzungen

Teilnahme von 3,85 Mitarbeitern je Sitzung

Gesamtarbeitszeit von 15.200 Minuten oder 253,3 Stunden

Nicht berücksichtigt wurden die drei interfraktionellen Sitzungen des Stadtrates am 05.11. (Dorferneuerung), 07.11. (Innenstadtkonzept) und 22.11. (Kurverein).

Städtischer Anteil an den Personalkosten der Samtgemeinde Esens auf Grundlage der Personalkosten des Jahres 2012

Mitarbeiter	Prozentsatz alt	neu
Jürgen Buß	30	40
Gertrud Taaken	15	20
Hilko Mannott	10	20
Maren Suntken	5	10
Uwe Schuster	0	5
Brigitte Emken	5	10
Gerhard Willms	10	10
Herwig Hormann	15	25
Anke Hense	5	10
Reinhard Feldmann	20	20
Melanie Hansen	10	15
Gabr. H.-Schlichting	10	20
Timo Fleckenstein	10	25
Gerda Raveling	5	10
Claudia Abken	5	10
Joachim Oltmanns	20	20
Rüdiger Groß	20	0
Egon Janssen	0	10
Gertrud Meyer Vertretung	Reinigung Toiletten	